

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1  
Berolina 5451. Geschäftszeit des Verlages von 10 Uhr bis 17 Uhr. Erscheint täglich außer Montags  
Zusätzliche Sprachausgabe: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr. Tel.-Adresse: Rote Fahne Berlin. Bankkonto: Fernkassen und Nationalbank  
Berlin, Dep.-Kasse Welle-Platz. Bereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.  
Postkassenkonto Berlin NW 279 78

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2,40 Mark einschließlich Erhebungsbeitrag für Berlin und Osten mit eigener Zustellung. — Bezugsbedingungen: Bei Vorbestellung 3,50 Mark; Streifenband im Inland sowie nach Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Dänemark und Skandinavien 4,50 Mark; übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Normzeile 70 Pf. 12spaltige Organisations- und Facettenanzeigen: Seite 40 Pf. Kleinanzeigen: Seite 15 Pf. Werbungsanzeigen: Seite 20 Pf. besonders stark 50 Pf. Werbungsanzeigen: Seite 5 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (E 1) Berolina 1289, 1218.

## Eine Milliarde 370 Millionen!

### Der Zollraub der SPD.-Koalition endgültig angenommen — Alle deutschen nationalen Bedingungen erfüllt — Auch Nazis stimmen für die Wuchervorlage — Kommunisten beantragen 400 000 Tonnen Roggen für Notleidende

### Halte Abrechnung mit den Zollräubern!

Alle Anträge der Regierungsparteien auf Zollerrhöhung für Weizen, Hafer, Gerste, Schmalz, Kartoffeln, Mehl, Kleie, Zucker und Mais sind gestern im Reichstag von allen Fraktionen von den Nationalsozialisten bis zu den linken Sozialdemokraten gegen die Kommunisten beschlossen worden. Dieser neueste Zollwucher legt den werktätigen Massen eine neue Belastung von 1370 Millionen Mark auf.

Die kommunistischen Abgeordneten konnten darauf hinweisen, daß vor vier und zwei Jahren, als der Bürgerkrieg Zollerhöhungen beschloß, die nicht im entferntesten an die jetzigen der Koalition heranzutreten, der „Vorwärts“ mahnte Schreie der Empörung und des Protests ausließ. Jetzt ist es so weit gekommen, daß gestern als letzter Redner der Vorsitzende des Landbundes,

der deutschnationale Sozialist Schiele, antwortete und die Erklärung abgab, daß durch die von der SPD. unterstützten Zollanträge „die deutschnationalen Bedingungen im wesentlichen erfüllt“ seien.

Der kommunistische Antrag, die von der Regierung zur Hochtreibung des Roggenpreises aufgeschafften 800 Millionen Mark Roggen umgehend zur unentgeltlichen Ernährung der Verdursteten der Armen zu überweisen, wurde in einem Ausnahmefall begraben.

Was jetzt kommt, kann sich jeder denken. Sobald die Zölle Gesetz sind — und das ist ja nur eine Frage kürzester Zeit — werden die Preise steigen, und die Lebensmittel werden noch teurer werden, als sie jetzt schon sind. Und kaum hat das Herrmann-Müller-Kabinett die fast anderthalb Milliarden unter Dach und Fach gebracht, da legt es einen neuen Karren auf dem Wege seiner Hungerpolitik. Der Reichsanwalt selbst verhandelt mit den einzelnen Parteien, um sie zur Einigung auf einem Finanzprogramm zu bewegen, das eine

hohe Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung mit sich bringt.

Jetzt haben die Arbeiter zu sprechen. In den Betrieben, bei den Kassen, auf den Stempelstellen und in den Kontoren, in den Büros sollen die Werktätigen eine große unerschrockene Front bilden, damit endlich die Einheitsfront der Kaszinierer des Volkes, die Einheitsfront, die von Nazis bis Nazis geht, geschlagen werde! Außerparlamentarischer Kampf gegen das Parlament und seine Regierung! Außerparlamentarischer Kampf gegen das räuberische kapitalistische System!

### Dorpmüllers Feldzug

Von der Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wird ein Bericht veröffentlicht, in dem nach allen Regeln der Kunst die Reichsregierung aufgefordert wird, doch den schon am 8. Februar gestellten Antrag auf Erhöhung der Tarife zuzustimmen. Neu ist, daß der Verwaltungsrat ein sofort durchzuführendes Einheitslohnprogramm beschlossen hat.

Die Tagewerke des Personals sollen sofort herabgesetzt, die Entlassung von Arbeitern durchgesetzt und nötige Arbeiten an Werten und Fahrzeugen eingestellt bzw. unterlassen werden.

Die Eisenbahner sollen durch Kurzarbeit, Massenentlassungen und gesteigerte Antreiberei und die übrige Arbeiterschaft durch Tarifserhöhungen, die sich bekanntlich immer auf die Lebensmittelpreise beziehen, ausblenden, die Folge der hektischen Korruptionswirtschaft in Dorpmüllers Kassenmühle bezahlen. Dagegen muß energig Protest gemacht werden!

### Der Zusammenbruch der Flottenkonferenz

Die Flottenkonferenz, deren Stapellauf von der Imperialistenpresse aller Länder mit papierernen Salutsschüssen gefeiert wurde, ist im undurchdringlichen Londoner Nebel auf die unvermeidliche Sandbank geraten und gestrandet. Die Ratten verlassen bereits das sinkende Schiff. Dem amerikanischen Marineattaché lieferte eine Grippe den erwünschten Vorwand, um lang- und langlos zu verschwinden. Die französische Delegation mit Tardieu und Briand an der Spitze hat sich inzwischen ebenfalls mit beleidigter Miene nach Paris zurückgezogen. Nur die Gefahr eines Dreimächteabkommens zwischen England, Amerika und Japan könnte die französische Regierung noch veranlassen, Briand nach London zurückzubekommen. Aber da auch diese Möglichkeit von Tag zu Tag an Aussicht verliert, dürfte damit zu rechnen sein, daß die französische Regierung nicht einmal an dem Reichsbudget der Konferenz teilnehmen wird. MacDonalds verzweifelte Interventionen, das Rad wieder flott zu machen, wenn auch mit erheblicher vermindelter Belastung, werden bestenfalls auf der nächsten Sandbank ihre „natürliche“ Schranke finden.

Die Londoner und Pariser Blätter haben bereits die Latenzlage intoniert. Mit umstürzender Stimme bemerkt die „Sunday Times“:

„Die Konferenz ist gescheitert. Nur ein Wunder könnte sie noch retten. Die Konferenz war eine Tragödie unter schlechter Regie. Eine der größten Hoffnungen der Welt auf Abrüstung ist vorbei.“

MacDonalds Regierungsjournal „Daily Herald“ sucht nach Hoffnungen zu erwecken, obwohl die Agonie bereits unverkennbar eingetreten ist — Hoffnungen, wie sie eine Mutter hegt, die bis zum letzten Augenblick an der Seite ihres Leidenskindes auf das „Wunder“ wartet, das den Würgeengel abenden soll. Die Regierung — so schreibt das Blatt — sei entschlossen, die Konferenz nicht einfach im Sande verlaufen zu lassen. Wenn es binnen einer gewissen Frist nicht gelingen sollte, die Grundlage für eine internationalistische Verständigung zu finden, so werde MacDonald eine Vollziehung der Konferenz einberufen, um Bericht zu erstatten. Die Franzosen und Italiener hätten dann die letzte Möglichkeit zu einer Verständigung oder zur Feststellung, daß die Gegenstände unüberwindlich seien. Im letzteren Falle seien die Verhandlungen über ein Fünf-Mächte-Abkommen als gescheitert zu betrachten. Und zum Schluß erhebt das Blatt drohend die Stimme:

„Sollte es zu einem Beschluß kommen, dann ist kein Zweifel, wer dafür die Verantwortung trägt.“

Den Streit um die Verantwortung, den das englische Regierungsjournal bereits jetzt vom Jenseitigen, ist das höhere Kennzeichen des Endes. Kein Zweifel: Die Flottenkonferenz liegt in den letzten Zügen. Ihr bleibt nichts anderes mehr zu tun übrig, als in Schönheit zu sterben — wie es das „Echo de Paris“ formuliert: „Ihre Werten mit Ruhm und Würde zu schließen.“

Was waren Sinn und Aufgabe der Konferenz und warum mußte sie scheitern?

Den fünf Mächten, die ihre Vertreter nach London geschickt haben, ging es in erster Linie darum, in Voraussicht der Unvermeidlichkeit und drohenden Nähe neuer weltumspannender imperialistischer Konflikte, ihre eigene militärische und politische Position auf Kosten der Rivalen möglichst zu verbessern. Nicht Abrüstung, sondern Erweiterung der Rüstungen, Heberhöhung der Rüstungen auf dem Gebiete der Kriegsausrüstungen — das war der wesentliche Inhalt der Londoner Verhandlungen. Die Frage der „Abrüstung“, die über dem Einigungsprozess zum St. James-Palast prangte, diente lediglich dem Heberhöhung der Rüstungen und „Beruhigung“ der arbeitenden Massen, der Vermeidung ihrer Schwärme durch den kapitalistischen Nebel, hinter dessen Schirmen sich die ersten Soldaten der imperialistischen Regierungsmächte, die Marxistenhater und Hitlerhinterwäldler der Kriegsmaschine schützten.

Die Erklärung der Konferenz überstürzt hat — das war und ist das Verhängnis der Verhandlungen und zugleich die Notwendigkeit. Die amerikanische Delegation hat in London ein mit der Aufgabe, die Konferenz zu einer politischen

## Roter Durchbruch bei Eugenberger!

### Vormarsch bei Ostram — Heberwältigende Mehrheit im Griesheim-Konzern — Große Erfolge im Ruhrgebiet

Gestern fand in dem großen Berliner Zeitungsbetrieb Eberl (Eugenberger) die Betriebsratswahl statt, die der revolutionären Gewerkschaftsopposition einen bedeutenden Erfolg brachte. Es erhielten 27 Stimmen:

Opposition 27 (3 Mandate)  
SPD. 1225 (7 Mandate), tatsächliche Stimm 20 Stimmen.

Zum erstenmal wurde im Betriebe Eberl eine rote Stimm aufgestellt. Kurz vor der Wahl wählte die Direktion fast alle bekannten oppositionellen Kandidaten, die als Kandidaten der roten Stimm in Betracht kamen. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Hegel lehnte es ab, die Gewerkschaften vor dem Betriebsrat zu vertreten. Infolge dieser Maßregelungen konnte von der revolutionären Opposition nur eine unannehmliche Kandidatenliste aufgestellt werden. Unter diesen Umständen ist das Wahlergebnis als ein bedeutender Erfolg der Gewerkschaftsopposition zu werten.

Bei Ostram D. wurden gestern zur Betriebsratswahl 286 Stimmen für die Opposition und 1329 Stimmen für die SPD-Stimm abgegeben. Die Opposition ging hier zum erstenmal mit einer eigenen Liste und konnte die Zahl ihrer Betriebsratsmitglieder von 2 auf 5 erhöhen. Hier ist in einem Betriebe, der als Hochburg der SPD. galt, eine beträchtliche Stimmkeule gebildet worden.

Die Betriebsratswahlen im Griesheim-Konzern in Bitterfeld hatten folgendes Ergebnis: Opposition 1327 Stimmen, Reformisten 872, SPD-Stimmen 211. Trotzdem im vergangenen Jahr 80 Entlassungen vorgenommen wurden, vergrößerte die Opposition ihren parlamentarischen Macht an den abgegangenen Stimmen. Das vorläufige Ergebnis der

Betriebsratswahlen in der chemischen Industrie in Deutschland, wo etwa 22000 Arbeiter beschäftigt sind, ist folgendes: revolutionäre Opposition 10266, Reformisten 10216. Zum ersten Male hatte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in dem bisher chemischen Großbetriebe Mitteldeutschlands eigene Stimm auf.

In Laufe des gestrigen Tages fanden im Ruhrgebiet Wahlen in verschiedenen Betrieben statt. Die Ergebnisse zeigen einen großen Vormarsch der revolutionären Gewerkschaftsopposition und ein Zurückgehen des Reformisten und besonders des reformistischen Einflusses. Bei der größten Zahl des Ruhrgebietes, Friedrich Heubach 1/2, die eine Betriebsratswahl von 5000 Mann erfolgt, wurden folgende Stimmen abgegeben:

Reformisten . . . . . 1704, im Vorjahr 2000  
SPD . . . . . 876, „ „ 432  
Komm. Opposition . . . . . 1172, „ „ 243

Trotz ungeheurer Terrormaßnahmen konnte die Opposition die Zahl ihrer Stimmen fast verdoppeln und die Zahl der Betriebsratsmitglieder von 4 auf 7 heben.

Auf der Höhe König Ludwig 4/3 gingen die roten Stimmen von 218 auf 499, während die reformistischen von 304 auf 277 zurückgingen. Auf der Höhe Konrad-Oberhausen erlangte die Opposition 286 Stimmen, die Reformisten 225 und die SPD 102.

Nach bei allen anderen Betrieben, die gestern im Ruhrgebiet Betriebsratswahlen hatten, hat die revolutionäre Opposition beachtliche Erfolge zu verzeichnen.